

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,70 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Rosler, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Kleinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 18, Pm Köllnischen Park 2.

Inserate: Die sechsgealtene Nonparallexzelle oder deren Raum 1.—RM, Arbeitervermittlung 20 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Unser Verband im Jahre 1924.

Nach dem völligen Zusammenbruch der Mark war es im Herbst 1923 gelungen, unsere Währung zu stabilisieren. Der Nutzen, den unsere Wirtschaft von dieser großartigen Leistung hatte, wurde aber zunächst weitgemacht durch die schwere Krise, die sich im Gefolge der Stabilisierung einstellte. Die Arbeitslosigkeit stieg ins ungeheuerliche. In unserem Deutschen Holzarbeiter-Verband waren zu Ende des Jahres 1923 26,45 Prozent der Mitglieder arbeitslos und weitere 24,04 Prozent arbeiteten verkrüppelt. Mühte schon ein so anormaler Zustand das Gefüge unserer Organisation auf das schwerste erschüttern, so kam dazu noch die schreckliche Leere in der Verbandskasse. Nachdem die großen Kämpfe im Frühjahr 1922 unsere Finanzen arg in Mitleidenschaft gezogen und die Erhebung von Extrabeiträgen notwendig gemacht hatten, hat unser Verband in der Folge eine sehr vorsichtige Finanzpolitik getrieben, insbesondere zur Vermeidung größerer Verluste durch die fortschreitende Inflation. Es ließ sich jedoch nicht verhindern, daß die Beiträge der Mitglieder fortgesetzt in entwertetem Zustande bei der Hauptkasse eingingen. Die Reserven wurden im Laufe des Jahres 1923 aufgezehrt, zumal die Eingänge bei weitem nicht ausreichten, die laufenden Ausgaben zu bestreiten. Die letzte, schlimmste Phase der Inflation gab auch den Finanzen unseres Verbandes den Rest. Dabei gewährte es nur einen schwachen Trost, daß es allen anderen Organisationen in den verschiedensten Lagern ebenso oder noch schlechter erging. Der Verband mußte abbauen; an vielen Stellen trat eine Personalverminderung ein, und was das Schlimmste war, auch die Auszahlung der sozialen Unterstützungen mußte eingestellt werden, weil kein Geld vorhanden war.

Unter recht trüben Verhältnissen begann für den Verband das Jahr 1924. Die Unternehmer hatten die günstige Gelegenheit benutzt, den Reichsmantelvertrag zu kündigen. Ihre Hoffnung, daß es ihnen unter den gegebenen Verhältnissen gelingen würde, unsere Kollegen ihrem Willen gefügig zu machen, erfuhr freilich eine herbe Enttäuschung, denn auch in der schwierigsten Lage steht bei der Regelung der Arbeitsbedingungen unser Verband seinen Mann. Die zentralen Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages für die Holzindustrie endeten mit einer schweren Schlappe für den Arbeitgeberverband. Er hat auf seine Absichten, die Arbeitszeit zu verlängern und die sonstigen Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, Verzicht leisten müssen. Seine hervorragendsten Führer haben sich zu Abmachungen bequemen müssen, die von unserem Verband als tragbar erachtet wurden. Daß die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes den vereinbarten Vertrag verwarf und sich dieses Schauspiel nach einigen Wochen wiederholte, berührte unseren Verband nicht. Es war lediglich eine Blamage für den Arbeitgeberverband. Er hat diese Niederlage auch empfunden und sie durch später vorgenommene „Umgruppierung“ ausdrücklich bekräftigt. Der Arbeitgeberverband hat sich als unfähig erwiesen, zentrale Abmachungen zu treffen. Seinen Mitgliedern, die den zentralen Vertragsabschluß abgelehnt hatten, mußte diese Geistesart natürlich nichts, denn der Inhalt des zentral vereinbarten, aber schließlich abgelehnten Vertrages wurde in den Bezirksarbeitsverträgen durchgesetzt.

Das ist nicht ohne schwere Kämpfe abgegangen. Zahlreich waren auch die Kämpfe, die zur Durchführung annehmbarer Lohnabkommen geführt werden mußten. Unsere Lohnbewegung hatte im Jahre 1924 einen Umfang, der alles Frühere in den Schatten stellt. Die Kämpfe mußten bei einer wenig günstigen Finanzlage des Verbandes geführt werden, die dazu zwang, die Streikenden mit einer minimalen Unterstützung abzufinden. Aber unser Verband kann stolz sein auf seine Mitglieder, die begriffen hatten, um was es geht. Mit einem bewundernswerten Heroismus haben sie, zum Teil mehrere Monate lang, bei einer geringfügigen Unterstützung ausgehalten und ihrer Sache, die die Sache des gesamten Verbandes war, zum Siege verholfen. Im Laufe des Jahres kam dann allmählich auch die finanzielle Erholung des Verbandes. Im Vertrauen auf die fortschreitende Verbesserung der Wirtschaftslage konnte der Vorstand beschließen, von Beginn des Jahres 1925 an die sozialen Unterstützungen wieder in Kraft zu setzen. Auch die Krankenunterstützung, die zunächst ausgenommen war, wird seit dem 1. April wieder gewährt. Die Unterstützungsfähigkeit mußten freilich zunächst niedrig gehalten werden, doch ist die Verbandskasse wieder so konsolidiert, daß der bevorstehende Verbandstag voraussichtlich eine Erhöhung der Unterstützungsfähigkeit wird beschließen können.

Mitgliederbewegung.

Wollte man das Jahr 1924 allein nach der Mitgliederentwicklung beurteilen, dann müßte man es als recht ungünstig bezeichnen. Das ganze Jahr hindurch hat sich die Mitgliederzahl von Vierteljahr zu Vierteljahr verringert. Die sonst gemachte und vielfach als richtig bekräftigte Beobachtung, daß zwischen Geschäftslage und Mitglieder-

entwicklung ein enger Zusammenhang besteht, traf für das Jahr 1924 nicht zu. Um die Jahreswende 1923/24 hatte die Arbeitslosigkeit ihren höchsten Grad erreicht. In den ersten Monaten des Jahres 1924 ging die Arbeitslosigkeit ziemlich schnell zurück bis auf 6,55 Prozent der Mitglieder Ende April. Dann machte sich die Wirkung der Kreditstrenge fühlbar; Ende Juli hatten wir 15,80 Prozent, Ende August noch 16,83 Prozent arbeitslose Verbandsmitglieder. Die Arbeitslosigkeit ging dann langsam bis auf 6,23 Prozent im Jahresschluß zurück, und dieser Rückgang hat auch im laufenden Jahre bisher angehalten. Einen Einfluß auf den Mitgliederbestand hat diese Konjunkturschwankung nur insofern ausgeübt, als zur Zeit der geringsten Arbeitslosigkeit die Zahl der Neuaufnahmen am größten war. Insgesamt wurden im Laufe des Jahres 56 557 Mitglieder aufgenommen, die sich folgendermaßen verteilen:

	Männliche	Weibliche	Jugendliche	Insgesamt
1. Vierteljahr	6 567	1 918	1 342	9 827
2. "	13 972	3 379	2 358	19 704
3. "	6 247	1 166	1 164	8 577
4. "	13 146	3 029	2 274	18 449
Zusammen	39 932	9 492	7 133	56 557

Trotz dieser Neuaufnahmen ist die Zahl der Verbandsmitglieder fortgesetzt zurückgegangen. Der Mitgliederstand am Schluß des Vierteljahres ergibt sich zahlenmäßig aus der folgenden Übersicht:

	Männliche	Weibliche	Jugendliche	Insgesamt
1. Viertelj. 1923	310 078	38 555	28 392	377 025
2. " 1924	284 451	33 164	22 544	340 159
3. " 1924	289 223	30 701	18 850	319 774
4. " 1924	250 031	26 774	17 371	294 176
1. " 1924	243 015	25 223	18 504	286 742

Hiernach ist die Mitgliederzahl von 377 025 am Schluß des Jahres 1923 auf 284 742 am Schluß des Jahres 1924 zurückgegangen; das ist ein Verlust von 24,5 Prozent. Gegenüber dem Jahre 1922, an dessen Schluß die Mitgliederzahl 434 843 betrug, ist ein Rückgang um 34,5 Prozent eingetreten. Der Verlust ist bei den weiblichen und besonders bei den jugendlichen Mitgliedern stärker als bei den männlichen, deshalb hat sich auch das Verhältnis zwischen den Kategorien verschoben. Von je 100 Mitgliedern waren Ende 1923 82,24 männliche, 10,23 weibliche und 7,53 jugendliche; Ende 1924 war das Verhältnis 85,34 : 8,86 : 5,80.

Vergleiche mit früheren Jahren lassen sich hinsichtlich der Mitgliederzahl im einzelnen nicht ziehen. Das Jahr 1924 muß besonders gewertet werden. Der ungeheure Zustrom, den unser Verband wie alle anderen Gewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Kriege hatte, bestand nicht aus überzeugten Klassenkämpfern. Sehr viele vollzogen den Eintritt in die Organisation unter dem Einfluß einer Euphorie, in der stillen Erwartung, daß eine Zeit der Glückseligkeit hereinbräche, an der nur teilnehmen könne, wer Mitglied seiner Gewerkschaft sei. Diese Erwartung mußte notwendig eine Enttäuschung erfahren. Wenn der Mitgliederzustand nicht früher eintrat, so ist das dem Umstand zuzuschreiben, daß der Verband in der Inflationszeit zur Lohnbewegungsmaschine geworden war; auch die Unterstützungsanstalten dürften manchen gehalten haben, der sonst dem Verband sehr lau gegenüberstand. Als die Unterstützungsanstalten aufgehoben wurden, da sonderte sich die Spross vom Weizen. Dieser Prozeß vollzog sich im Jahre 1924. Von den übriggebliebenen kann man sagen, daß sie die Kerntuppen sind, und vergleicht man ihre Zahl mit der Zahl der Verbandsmitglieder vor dem Kriege, dann muß man anerkennen, daß die Erziehungsarbeit des Verbandes, so sehr sie auch durch die Erfüllung anderer Aufgaben gehemmt war, nicht vergeblich gewesen ist. Die schwerste Zeit ist nun vorüber, wir nähern uns wieder normalen Zuständen. Unser Mitgliederstand ist wieder im Wachen begriffen; die 300 000 sind schon erheblich überschritten, es geht wieder rüstig vorwärts.

Kassenwesen.

Das Schlussergebnis der Finanzabrechnung unseres Verbandes kann als befriedigend bezeichnet werden. Bei 5 573 807 M. Einnahmen und 4 357 410 M. Ausgaben schließt die Verbandskasse mit einem Uberschuß von 1 216 397 M. ab. Dieses befriedigende Schlussergebnis läßt allerdings nicht erkennen, daß zeitweilig die Finanzlage recht ungünstig war, so daß trotz großer Bedenken Extrabeiträge ausgeschrieben werden mußten, die einen Ertrag von 233 331 M. brachten. Erreulich ist die Feststellung, daß sich die Beitragsleistung der Mitgliederentwicklung entgegenzusetzen bewogte. Während die Mitgliederzahl von Vierteljahr zu Vierteljahr kleiner wurde, sind die Einnahmen des Verbandes fortgesetzt gestiegen. Da die Beitragshöhe von der Lohnhöhe abhängig ist, weist die gesteigerte Einnahme auf die erzielte Lohnerhöhung hin. Aber auch auf eine Hebung der Beitragsmoral. Der Wochenbeitrag soll anderthalb Stundenlöhne entsprechen; dieser Grundlohn ist noch nicht allgemein durchgeführt, die

gesteigerten Einnahmen des Verbandes deuten aber darauf hin, daß es auch in dieser Hinsicht fortgesetzt besser wird.

Unter den Ausgaben steht die Streikunterstützung mit 2 241 603 M. weitaus an erster Stelle. Recht erheblich sind auch die Ausgaben für Agitation. Dagegen nehmen sich die Verwaltungskosten recht bescheiden aus. Für persönliche Verwaltungskosten weist die Verbandsabrechnung 147 358 M., für sachliche 53 819 M. aus. Das besagt, daß von je 100 M. Einnahmen des Verbandes 2,84 M. für persönliche und 0,96 M. für sachliche Verwaltungskosten ausgegeben wurden. Das ist der Vorteil der großen Organisation, daß ihre Verwaltung verhältnismäßig viel billiger ist als die einer kleinen Organisation. Der verhältnismäßig günstige Kassenabschluß darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die finanzielle Lage des Verbandes keineswegs als rosig bezeichnet werden darf. Mit der in der Abrechnung nachgewiesenen Summe an Streikunterstützung sind wir ausgekommen, weil die Unterstützungsfähigkeit in der kritischsten Zeit außerordentlich niedrig bemessen waren. Auch die augenblicklich geltenden Sätze werden erhöht werden müssen. Des weiteren ist zu beachten, daß im Jahre 1924 keine sozialen Unterstützungen gezahlt wurden. Die Verbandskasse wird also schon vom laufenden Jahre an weit stärker belastet. Die Verbandsentnahmen müssen so hoch sein, daß wir nicht nur die laufenden Ausgaben decken können, wir müssen auch einen Reservefonds haben, der stark genug ist, um unerwarteten Anstürmen gewachsen zu sein.

Unsere Lohnbewegung.

Bei der Lohnbewegung des Jahres 1924 handelte es sich zunächst darum, die Löhne bei der Umstellung von Papiermarkt auf feste Währung auf ein annehmbares Maß zu bringen. War doch das Streben der Unternehmer darauf gerichtet, den Nominallohn trotz der stark gestiegenen Lebenshaltungskosten noch niedriger anzusetzen als vor dem Kriege. Die große Arbeitslosigkeit zu Beginn des Jahres erschwerte die Abwehr dieser Versuche. Dann hatten wir schwere und umfangreiche Kämpfe in Verfolg unserer Vertragsbewegung zu führen. Wenn auch die Lohnabkommen schon für etwas längere Dauer abgeschlossen werden konnten als in der Inflationszeit, so zwingen doch die Zeitverhältnisse, diese Abkommen nicht zu lang zu befristen. Es sind daher in den einzelnen Bezirken des östernen Lohnverhandlungen zu führen, die nicht immer friedlich zu Ende gehen. Die Neigung der Unternehmer, Arbeitseinstellungen in einzelnen Betrieben mit dem Beschluß einer allgemeinen Aussperrung zu beantworten, ist im Wachen begriffen. Die Zahl der Ausgesperrten ist daher weit größer als im vorigen Jahre, allerdings nicht so groß, wie sie wäre, wenn es den Unternehmern gelänge, ihre Aussperrungsentschlüsse in allen Fällen durchzuführen. Nach wie vor bemüht sich unser Verband, Arbeitseinstellungen zu vermeiden und sich des Streiks nur als des letzten Mittels zu bedienen, wenn sich die friedliche Verständigung als unmöglich erweist. Dem entsprechend kann festgestellt werden, daß auch im Jahre 1924 die meisten Bewegungen und die mit dem günstigsten Erfolg ohne Arbeitseinstellung durchgeführt wurden. Über den Umfang und das Ergebnis unserer Lohnbewegung unterrichtet die folgende Übersicht:

	Zahl der		Ergebnis der Kämpfe		
	Kämpfe	Beteiligten	Erfolgreich	Teilweise erfolgreich	Erfollos
Angriffstreiks	198	29 668	104	57	27
Abwehrstreiks	61	5 489	28	25	7
Aussperrungen	156	56 876	53	67	35
Summe der Kämpfe	415	92 033	185	149	69
Lohnbewegungen ohne Streik	3216	341 548			
Zusammen	2631	433 581			

Hiernach waren an 2631 Bewegungen 433 581 Personen beteiligt. Von diesen waren 326 864 oder 75,4 Prozent Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, 17 242 oder 4,0 Prozent gehörten dem christlichen, 3572 oder 0,8 Prozent dem Hirsch-Dunderschen Verband, 17 240 oder 4,0 Prozent gehörten anderen Verbänden an, und 68 663 waren nicht organisiert. Aber die Art der Föhlung sei bemerkt, daß die an Bewegungen ohne Streit Beteiligten nur einmal gezählt sind, auch wenn sie, was wiederholt vorgekommen ist, mehrmals an solchen Bewegungen beteiligt waren, dagegen sind die Streitenden so oft gezählt, wie sie an einem Streit beteiligt waren. Am Jahreschluß war eine Reihe von Kämpfen noch nicht beendet; sie sind bei der Zusammenstellung über das Ergebnis nicht berücksichtigt.

Bei dem Ergebnis der Lohnbewegung spielt die Erringung einer Arbeitszeitverkürzung nur eine geringe Rolle. Für insgesamt 50 Personen wurde eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit um durchschnittlich 5,7 Stunden erreicht. Schwerer fällt die Abwehr verächtlicher Arbeitszeitverlängerung ins Gewicht. In 120

Die sozialen Lasten der Arbeiter.

Das deutsche Unternehmertum vertritt mit zäher Konsequenz und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, die Auffassung, daß die Bereinigung der Arbeiter die Voraussetzung für das Gedeihen der deutschen Wirtschaft wäre.

Wir haben von diesen Veröffentlichungen Notiz genommen, aus denen sich ergibt, daß die sozialen Lasten auf insgesamt 1610 Millionen Mark jährlich veranschlagt werden können, von denen auf die Unternehmer 790 Millionen entfallen, während die Arbeiter 890 Millionen aufbringen.

Diese Berechnungen stützen sich auf unantastbares Material, nämlich auf Lohnzettel und auf Lohnlisten. Das Material wurde durch die Ortsausschüsse beschafft. Für die Statistik wurden aus 71 Orten in den verschiedensten Teilen des Reiches 8332 Lohnzettel verwendet.

In der ersten Gruppe, die das Reich ohne Berlin umfaßt, sind Lohnzettel von 7594 Arbeitern bearbeitet. Diese Arbeiter hatten einen Wochenverdienst von insgesamt 207 860 M.

Table with 10 columns: Lohnstufen, Zahl der Arbeiter, Durchschnitl. Verdienst, and various social charges (Krankenkasse, Invalidenversicherung, etc.)

Das interessanteste Ergebnis dieser Übersicht ist die Feststellung, daß die sozialen Beiträge den Arbeiter um so höher belasten, je niedriger sein Lohn ist. Das zeigt sich durchgängig bei allen Zweigen der sozialen Versicherung.

Summary table showing total income (Gesamteinkommen) and social charges (Gesamteinkommen) for different worker groups, with columns for total amount and percentage.

Das durchschnittliche Einkommen beträgt hier 36,20 M. Die sozialen Abzüge erfordern 6,1 Prozent des Lohnes, die Steuern 5,8 Prozent, so daß 88,3 Prozent des Lohnes ausgezahlt werden.

Nach einer anderen Methode sind die Angaben aus den sieben Betrieben verarbeitet, aus denen die Lohnlisten für alle Arbeiter vorliegen. Es handelt sich um mittlere deutsche Betriebe verschiedener Industriezweige.

Table showing social charges for various industries: Metall, Gußstahl, Holz, Wasserwerk, Baubetrieb. Columns include number of workers, weekly wages, and percentages for various charges.

Läßt man die beiden an letzter Stelle genannten Betriebe bei denen zurzeit der Erhebung keine normalen Verhältnisse bestanden, außer Betracht, dann ergibt sich, daß die sozialen Lasten der Arbeiter keine erheblichen Unterschiede aufweisen.

Table comparing social charges for different worker categories: Krankenvversicherung, Invalidenversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Unfallversicherung. Columns show percentages for employer and worker.

Hiernach beträgt die gesamte Soziallast 11,6 Prozent des Lohnes der deutschen Arbeiter. Die Unternehmer haben wesentlich höhere Zahlen genannt, die jedoch auf Schätzungen beruhen.

Aufmerksame Beachtung verdient die Tatsache, daß die bei der Einkommensteuer den niederen Einkommen gewährte Ermäßigung fast völlig illusorisch gemacht wird durch den Umstand, daß die Bezüher niedriger Löhne verhältnismäßig viel mehr an sozialen Beiträgen leisten müssen als die besser entlohnerten Arbeiter.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Für gerechte Verteilung der Lasten.

Die unterzeichneten Organisationen haben an die Reichsregierung, den Reichstag und die Regierungen der Länder am 23. April folgendes Schreiben gerichtet: Die nachteiligen Folgen des verlorenen Krieges lasten besonders schwer auf den breiten Massen der Hand- und Kopfarbeiter, den Arbeitern, Angestellten, Beamten und gewerbetreibenden Mietern.

Unter diesen Umständen muß von diesen Kreisen jede nicht unbedingt notwendige Steigerung der Ausgaben ferngehalten werden, und zwar um so mehr, als der Reichswirtschaftsminister erst vor einigen Tagen im Haushaltsauschuss des Reichstags erklärt hat, daß bei weiteren Lohn-erhöhungen die Frage der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie ausschlaggebend ins Gewicht fallen müsse.

Auswertungen und 53 Abwehrstreiks gelang es, für 8883 Kollegen eine angeforderte Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 6,2 Stunden abzuwehren.

Bei dieser Gelegenheit sei auch ein Auszug aus dem Ergebnis einer anderen Statistik wiedergegeben, die in unserem Verband fortlaufend geführt wird. Aus 50 Städten, die sich auf alle Lohngebiete der ehemaligen Reichsamtverträge und alle Ortsteile verteilen, wird unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungen der durchschnittliche Vertragslohn der Facharbeiter für jeden Monat berechnet.

Table showing nominal wage and real wage index for various months from 1913/14 to December 1924. Columns include nominal wage, real wage index, and real wage in marks.

Hiernach ist es gelungen, den Nominallohn von 51,3 Pf. pro Stunde im Januar auf 73,1 Pf. im Dezember zu steigern. Der nominelle Wochenverdienst war sogar im Dezember um 11 Prozent höher als vor dem Kriege.

Unsere Tarifverträge.

Die Zahl und der Geltungsbereich unserer Tarifverträge hat im Jahre 1924 eine Verringerung erfahren. Das erklärt sich hauptsächlich daraus, daß von den Landestarifverträgen für das Holzgewerbe, die im Frühjahr 1924 abließen, ein Teil bis Jahreschluss nicht erneuert war.

Table showing the number of contracts, enterprises, and employees at the end of 1923 and 1924. Columns include contracts, enterprises, and employees.

Von den unter Tarifvertrag Arbeitenden entfällt die große Mehrzahl auf die 14 Bezirks- und Landestarifverträge für das Holzgewerbe; ihnen unterstehen 10 074 Betriebe mit 119 437 Beschäftigten.

Table showing the number of enterprises and employees in different industries: Ziselerie, Kleiderfabrikation, etc. Columns include enterprises and employees.

Wie beschränken uns an dieser Stelle auf diese knappe Übersicht; eine ausführliche Darstellung der Tätigkeit unseres Verbandes und eine eingehende Würdigung der Leistungen auf den Gebieten, die hier nur andeutungsweise behandelt sind, wird das demnächst erscheinende Jahrbuch bringen. Das Jahr 1924 war für unseren Verband ein in jeder Hinsicht kritisches Jahr, es hat die Leistungsfähigkeit unserer Organisation auf die härtesten Proben gestellt.

Finanzbedürfnisse der öffentlichen Haushalte, teils zur Steigerung des Anteils des Hausbesitzes an der Miete. Demgegenüber erklären die unterzeichneten Organisationen:

- 1. daß der Ausgleich der öffentlichen Haushalte durch stärkere Heranziehung des Besitzes und der höheren Einkommen herbeigeführt werden muß;
2. daß aus der Miete nur Mittel für den Wohnungsneubau und für die Erhaltung der Altwohnungen aufgebracht werden dürfen, und zwar unter Schonung zahlungsschwacher und zahlungsunfähiger Mieter;
3. daß die Hausrente nach dem Wegfall des weitaus größten Teiles der Hypotheklasten nicht auf Kosten der Miete weiter gesteigert werden darf;
4. daß jede Steigerung der Miete, die vorwiegend der Erhöhung der Grundrente dient, als weitere einseitige Belastung der deutschen Wirtschaft zugunsten der Kleinen und durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bereits besonders begünstigten Gruppe der Grund- und Hausbesitzer wirkt und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vermindert;
5. daß eine weitere Mietersteigerung zurzeit für die größte Zahl der Mieter untragbar, außerdem aber bei Beachtung der oben aufgestellten Gesichtspunkte auch wirtschaftlich nicht gerechtfertigt ist.

Die unterzeichneten Organisationen fordern von der Reichsregierung, dem Reichstag, den Regierungen der Länder und den Parlamenten, daß sie den obigen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten Rechnung tragen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. - Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände. - Allgemeiner Deutscher Beamtenbund. - Deutscher Gewerkschaftsbund. - Allgemeiner freier Angestelltenbund. - Reichsbund deutscher Mieter e. V.

Förderung und Verbilligung der Produktion.

Der Verband sächsischer Industrieller hat kürzlich seine diesjährige Hauptversammlung abgehalten, in deren Verlauf der Verbandsvorsitzende, Fabrikbesitzer Otto Moras (Zittau), eine Rede gehalten hat, die einige wertvolle Feststellungen enthält. Herr Moras klagte mit vollem Recht über die ungünstige Wirtschaftslage, hervorgerufen durch den stöckenden Absatz im Inland und Ausland. Das wiederum ist die Folge der hohen Warenpreise. Die Waren ausfuhr läßt sich nur steigern, wenn Deutschland bessere und billigere Waren liefert als seine Konkurrenzländer. Während die meisten Unternehmer die hohen Warenpreise auf die "hohen Löhne" zurückzuführen, hat Moras die wahren Ursachen erkannt. Seine Feststellung, "unsere Produktionsmittel sind noch immer bei weitem nicht ausgenutzt", ist das Eingeständnis der heutigen unrationellen Wirtschaft. Die meisten Betriebe sind nicht voll beschäftigt, so daß sich die Generalunkosten des Unternehmens auf einen kleineren Teil Waren verteilen, als das sonst der Fall sein würde. Das beeinflusst den Warenpreis ganz wesentlich. Würden die Unternehmer dazu übergehen, die Betriebe voll zu beschäftigen, dann wäre ein Preisabbau möglich, der den Inland- und Auslandmarkt beleben würde.

Will Deutschland mit dem Ausland konkurrieren, dann muß es vor allem seine Betriebe technisch und organisatorisch ausbauen. Das Ausland ist uns auch in dieser Beziehung ein Stück voraus. Herr Moras sagte in seiner Rede, daß früher gute Absatzmärkte noch nicht wieder zurückerobert werden konnten, weil die Auslandskonkurrenz eine besser ausgerüstete Produktion hat und mit reichlicheren Mitteln arbeitet. Es wird also offen zugestanden, daß die deutschen Betriebe technisch und organisatorisch rückständig sind, eine Tatsache, auf die wir wiederholt hingewiesen haben. Falsch ist es aber, wenn die Unternehmer erzählen, es fehle ihnen an dem nötigen Geld zum Ausbau der Betriebe. Dieser Einwand wirkt in diesem Augenblick, wo die Unternehmer dem "Reichsblod" Millionen und aber Millionen Mark schenken, damit er seine schmutzige Agitation für Hindenburg erfolgreich betreiben kann, besonders tömisch. Die Unternehmer hätten schon das nötige Geld zur Verbesserung der Betriebe, es wandert aber in großen Mengen in die Taschen jener Organisationen, denen der Kampf gegen die Arbeiterschaft Lebensaufgabe ist.

Die Förderung und Verbilligung der Produktion ist die Hauptaufgabe der Gegenwart. Das erkennen auch die Unternehmer, aber sie tun nicht das, was allein zum Ziele führt. Nicht der Lohnabbau oder die Arbeitszeitverlängerung können uns helfen; der Weg zur Produktionssteigerung führt über den technischen und organisatorischen Ausbau der Betriebe und über die rationelle Ausnutzung aller Produktionsmittel.

Der Entwurf eines Berufsschulgesetzes.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag nun endlich den Entwurf eines Berufsschulgesetzes zugehen lassen. Er verpflichtet alle Gemeinden oder Gemeindeverbände, öffentliche Berufsschulen einzurichten. Die Schule hat die Aufgabe, die volkschulclassen Jugend für die Arbeit im Beruf, im Staat und in der Gesellschaft zu erziehen. Die Schulpflicht schließt sich unmittelbar an die Volksschulpflicht an und dauert bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Die Pflicht zum Besuch der öffentlichen Berufsschule ruht, wenn der Schulpflichtige eine von der zuständigen Schulbehörde als Ersatz anerkannte Fachschule oder eine andere staatlich anerkannte Schule in wenigstens 24 Wochenstunden besucht. Der Unterricht erstreckt sich auf mindestens 320 Stunden jährlich.

Der Unterricht findet an den Werktagen während der Arbeitszeit, in der Regel zwischen 8 Uhr morgens und 6 Uhr abends statt. Die Unterrichtsstunden sind auf die Wochenarbeitszeit anzurechnen. Der Unternehmer und die Erziehungsberechtigten sind verpflichtet, den Schulpflichtigen zu einem gewissenhaften und regelmäßigen Schulbesuch anzuhalten und ihm die zu einem geordneten Schulbetrieb erforderliche Zeit zu gewähren. Lohn- und Gehaltsabzüge dürfen wegen der Teilnahme am Berufsschulunterricht nicht gemacht werden. Bei Akkordarbeitern oder -arbeiterinnen sind die tariflichen Stundenlöhne der betreffenden Berufsgruppe zur Auszahlung zu bringen. Nach dem Entwurf soll das Gesetz am 1. April 1926 in Wirksamkeit treten.

Aus dem Verbandsleben. Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 18. Wochenbeitrag für die Woche vom 26. April bis 2. Mai fällig geworden. Berlin S. O. 16, Am Röllnischen Park 2. Der Vorstandsvorsitzende.

Handwerkliches Gestalten.

Unsere Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist fortgesetzt bestrebt, den der Arbeiterschaft in den verschiedenen Zweigen der Holzindustrie innewohnenden Drang nach beruflicher Weiterbildung zu fördern. Zu den verschiedenen Werken, die diesem Zweck dienen, hat sie nun ein neues herausgegeben, das den Holzbildhauern gewidmet ist. Verfasser des Wertes ist der Direktor der Kunstgewerblichen Fachschule in Flensburg, Professor Friedrich Hillwed.

Im textlichen Teil des Buches wird dem warmen Empfinden für die Handwerkskunst und ihre Bedeutung Ausdruck gegeben. Das Wort Kunst im Übermaß und an unrechter Stelle angewendet, zeigt nicht von guter Kenntnis des Wesens der Kunst. Vor allem muß freie und angewandte Kunst unterschieden werden. Wir folgen dem Ideengang des Verfassers: daß das Handwerk nicht nur rein technisch zu bewerten ist, sondern daß auch dem Schönheitsempfinden dabei Rechnung getragen werden muß. Das ist angewandte Kunst, und nur so ist die Wortverbindung Handwerkskunst am rechten Platz. Und das trifft im besonderen auf die Arbeit des Holzbildhauers zu, der das vorliegende Werk gewidmet ist. Und doch mit einer gewissen Einschränkung. Der praktische in der Werkstatt tätige Holzbildhauer braucht überwiegend ornamentale Motive als Vorbilder, in dem Buche von Hillwed ist aber das Figürliche in den Vordergrund gestellt.

Es ist unverkennbar: Es sollte ein Lehrbuch geschaffen werden, kein Werk mit Abbildungen, die dem größeren Teil der Holzbildhauer als Vorbilder dienen können. Der Verfasser, der ja selbst Fachmann ist, führt als Lehrer seine Schüler ein in diese Technik. Sie sollen zunächst das Material, das heißt die am besten für diesen Zweck verwendbaren Hölzer, kennenlernen, dann, wie man aus einem rohen Stück Holz ein Schnitzwerk herstellen kann. Manche der abgebildeten Arbeiten machen allerdings mehr den Eindruck des Behauenen als des Geschnitzten. Aber es liegt wohl im Zuge der Zeit, das in rohen Umriffen nur anzudeuten, was gemeint ist, und man nennt das Ritzlehr zur nativen, primitiven Kunst!

Als Mangel könnte auch von dem und jenem, der nicht mehr Schüler im engeren Sinne, aber im Figürlichen sich noch weiter ausbilden will, das Fehlen eines besonderen Kapitels über die Anatomie des menschlichen Körpers empfunden werden. Sonst aber bietet dieses Buch mit über 100 Abbildungen mit erläuterndem Text (auf 80 Seiten) eine Fülle von Anregungen.

Aber auch über den Kreis der Holzbildhauer hinaus wird sich das Buch Freunde erwerben. Vor allem sollte es als Lehrbuch in allen Fach- und Kunstgewerbeschulen dienen. Das Streben nach bildnerischer Gestaltung ist schon immer lebendig gewesen und das Interesse dafür nicht nur auf den engen Berufskreis beschränkt geblieben. Der Verfasser dieses Buches weist in der Einführung auf diesen Erzieher hin: "Die Phantasie mit Bildern zu füllen und innerlich starke Erlebnisse mit einem unverzagten Fabuliervermögen irgendwo zum Ausdruck zu bringen." Dieses Streben zu fördern: Daß die Handwerkskunst nicht untergeht, sondern lebendig bleibt, das haben Verfasser und Herausgeber sich zur Aufgabe gestellt, und darum ist diesem Buch die weiteste Verbreitung zu wünschen.

Zur Lage in der Fahrzeugindustrie.

Von einigen kurzen Schwankungen abgesehen, kann der Geschäftsgang in der Automobilindustrie als ein leidlich guter bezeichnet werden. Man ist zurzeit bemüht, möglichst lange Lieferfristen bei Bestellungen zu vereinbaren, weil der Bedarf an kleinen billigen Wagen im Inland außerordentlich stark geworden ist. Dieser Zustand dürfte aber nicht von allzu langer Dauer sein. Das Interesse der deutschen Automobilindustrie, durch eine vernünftige Handelspolitik die einengenden Zollmaßnahmen des Auslandes zu beseitigen, wird dauernd rege sein müssen.

Eine von der Zentralkommission veranstaltete Umfrage wurde von 60 Sektionen beantwortet. Erfast wurden 994 Betriebe mit 11 847 beschäftigten Holzarbeitern und 1025 Lehrlingen. In nachfolgender Tabelle ist die Verteilung auf die einzelnen Berufsarten ersichtlich:

Table with 4 columns: Betriebsart, Betriebe, Beschäftigte, Lehrlinge. Rows include Karosseriebetriebe, Wagonbaubetriebe, Landwirtsch. Maschinenfabriken, Kleinbetriebe, and a total row.

Von den Beschäftigten gehörten 8449 und 232 Lehrlinge dem Deutschen Holzarbeiter-Verband an, 938 anderen Organisationen, und 2460 waren nicht organisiert. Die Löhne, die nur in der Spitze festgehalten werden konnten, bewegten sich bei den Facharbeitern zwischen 47 Pf. und 1,05 Mk., bei den Hilfsarbeitern zwischen 35 und 80 Pf.

In den Wagonbauanstalten hat sich der Beschäftigungsgrad gegenüber dem Vorjahr gleichfalls etwas gebessert, wenn er auch noch mehrfach als nicht befriedigend bezeichnet wird. Beachtenswert ist, daß eine Anzahl Betriebe aufgehört hat zu existieren, denn im Vorjahr wurden noch 72 gezählt, während jetzt nur 47 ermittelt werden konnten. Auch in den Fabriken für landwirtschaftliche Maschinen scheint sich eine Besserung der Beschäftigungsverhältnisse bemerkbar zu machen, wenn auch noch manches zu wünschen übrig bleibt.

* "Handwerkliches Gestalten". Die technische und formschaffende Arbeit des Holzbildhauers. Von Professor Friedrich Hillwed, Direktor der Kunstgewerblichen Fachschule Flensburg. Berlin 1925. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H.

Nach einzelnen Angaben war ein stärkeres Anwachsen der Lehrlingszahlen zu erwarten, was sich aber nicht in dem erwarteten Ausmaß bewahrheitet hat. Die Arbeitsverhältnisse waren in 34 Orten durch Bezirktarif, in 7 Orten durch Betriebsvereinbarungen und in 12 Orten durch örtliche Abmachungen geregelt.

Im Anschluß spricht die Zentralkommission den Wunsch aus, ihr Angaben über die Akkordpreise in den größeren Betrieben zu machen und, soweit Zeitarbeit in Frage kommt, die darauf verwendete Stundenzahl anzugeben. Sie wird dadurch in die Lage versetzt, den öfters an sie herantretenden Anfragen gerecht zu werden.

Stimmen zum Verbandstag.

Innere Ausba des Verbandes.

Ist unsere Organisation innerlich so gefestigt, daß sie allen Anforderungen der Gegenwart und der nächsten Zukunft gerecht werden kann? Diese Frage wird auf dem heutigen Verbandstag notwendigerweise sehr eingehend behandelt werden müssen. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, den Verbandstag auf eine glückliche Aufmerksamkeit zu machen, die schon oft zum Nachteil der Kollegenschaft bemerkbar wurde. In der heutigen Zeit ist ein schneller Nachrichtendienst von großem Vorteil. Insbesondere die räumlich nahe beieinanderliegenden Verwaltungsstellen müssen Kenntnis haben über die Zustände in den einzelnen Orten. Nach dieser Seite hin ist es aber im Verband, und ich glaube, in allen Gauen, schlecht bestellt. Über Konjunktur, Arbeitslosigkeit oder starke Nachfrage nach Arbeitskräften, ob die Tariflöhne eingehalten oder darüber hinaus gezahlt wird, ob Neugründungen oder Aufösungen von Betrieben vorgekommen sind, wie es mit der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit steht, ob der Tarifvertrag in Geltung ist und ob er eingehalten wird. Das ist eine ganze Reihe von Fragen, die infolge der räumlich großen Ausdehnung der Gawe von den Gavorstehern nicht so behandelt und zur Kenntnis gebracht werden können, wie es im Interesse der Mitglieder notwendig wäre. Hier ist die Lücke, von der eben gesprochen wurde, und die notwendigerweise ausgefüllt werden muß. Dem Verbandstag liegt von der Verwaltungsstelle Köln ein Antrag vor, der, in die Tat umgesetzt, eine wesentliche Verbesserung und innere Festigung des Verbandskörpers bedeuten würde. "Neben den Einteilungen in Gawe sind zwecks besserer Zusammenarbeitens in Fragen der Organisation, Agitation, Tarif, Lohn und des Arbeitsrechtes die Gawe in kleinere Bezirke zu gliedern. Die Gavorstände haben für diese Bezirke eine Geschäftsordnung auszuarbeiten und einen Vorort zu benennen."

Diese Gliederung würde die Möglichkeit schaffen, ein viel regeres Verbandsleben als bisher einzuleiten. Wenn z. B. je ein Mitglied der Ortsverwaltung des Bezirks in regelmäßigen Zwischenräumen zu kleineren Konferenzen zusammenkämen und dort lediglich einen kurzen Bericht über die wichtigsten Fragen, die unsere Organisation betreffen, von ihrer Verwaltungsstelle gäben, so dürfte die anschließende Aussprache sehr viele Anregungen für alle Teilnehmer bringen. Wenn dann noch ein fortlaufender schriftlicher Verkehr aufrechterhalten wird, so wäre mit der Einrichtung solcher Bezirke unser Organisationsapparat viel beweglicher und schlagkräftiger geworden. Die Gavorstände, die ohnehin die Verwaltungsstellen nicht so bedienen können, wie es notwendig ist, wären in der Lage, durch mündliche oder schriftliche Berichte der Vororte in ganz kurzer Zeit ein wahrheitsgetreues Bild über ihren Gau zu erhalten. Es soll durch die Bezirkseinteilung den Gavorstehern durchaus keine Perle aus ihrer Krone gebrochen werden, im Gegenteil, es soll ein neues Mittel sein, den Gaubeamten ihre schwere Arbeit zu erleichtern. Auch sollen die Bezirksangestellten nicht durch eine derartige Neugliederung kaltgestellt werden, denn daß der Haupt- und Gavorstand zu Bezirksangestellten kam, ist eine sehr gute Begründung für die Richtigkeit meiner Darlegungen. Es darf im Verbandsgebiet keine Verwaltungsstelle geben, die nicht in fortwährender Fühlung steht mit ihren Nachbarorten. Der rege Gedankenaustausch innerhalb der neu zu schaffenden Bezirke wird zum Nutzen der Gesamtkollegenschaft vieles beitragen. Möge der Verbandstag in dieser Angelegenheit zustimmend entscheiden, dann, glaube ich, werden in zwei Jahren die befürworteten Vorteile, die in diesem Antrage liegen, allen Kollegen sichtbar sein.

Gautag in Stuttgart.

Am 4. und 5. April 1925 tagte der Gautag in Stuttgart. Er war beschrift von 115 Delegierten, die 98 Verwaltungsstellen vertraten. In seinem Geschäftsbericht, als Ergänzung zu dem gedruckt vorliegenden, ging Kollege Göttrich auf die inneren Verhältnisse der Organisation während der letzten zwei Jahre ein. Die zurückliegende Zeit war für die Organisation eine Zeit des Kampfes. Das Tarifgebiet der Holzindustrie, das früher mit kleinen Ausnahmen den ganzen Gau umfaßte, wurde in der Berichtszeit zerschlagen, indem für Baden im Laufe des Jahres 1924 bei Beendigung der Aussperrung besonders abgeschlossen werden mußte. Seitdem ist Württemberg und Baden getrennt. Dazu hat sich im Bodenseegebiet ein neuer Ableger des Arbeitgeberverbandes aufgemacht, mit dem ebenfalls besonders die Abschlässe getätigt werden müssen. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Sägewerke, wo die Gefahr der Trennung und Zerschlagung des Tarifgebietes sehr groß war, aber abgewehrt werden konnte. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß wir trotz aller Anstrengungen der Arbeitgeber den Achtstundentag und die Ferien gehalten und die Löhne aus dem fürchtbar niederen Niveau der Markumstellung vorwärtsgetrieben haben. In den einzelnen Branchen, wie Büchsenindustrie, wo ein großer Teil der Kollegen zurzeit im Kampf steht, um geregelte Vertragsverhältnisse zu bekommen, Büchsenindustrie in Baden und Hohenzollern, Uhren- und Harmonikaindustrie und württembergische Metallindustrie, konnten durch unseren Einfluß die Verhältnisse vorwärtsgetrieben werden. Allerdings konnten die Verhältnisse in den gemischten Betrieben, wo zum großen Teil eine festgefügte Organisation und somit die Aktionskraft der Arbeiterschaft fehlt,

nicht immer zur Zufriedenheit geregelt werden. Die Diskussion wurde sehr reger und im allgemeinen sachlich geführt. Trotz einer vorher abgehaltenen Fraktionsführung der Anhänger Moskau, die in dem großen Saal an einem kleinen Tisch Platz hatten, wo noch überdies Sitzplätze zu vergeben waren, konnten ihre Ausführungen keinen der Delegierten überzeugen. Als Vertreter des Hauptvorstandes sprach Kollege K a g e r über den bevorstehenden Verbandstag. In der ausgiebigen Diskussion wurden die Aufgaben des Verbandstages eingehend durchgesprochen. Auch da bemühte sich die kleine Gruppe auftragsgemäß, um ihren Standpunkt und ihre Anträge zu begründen, die jedoch alle abgelehnt wurden, ja zum weitesten größten Teil nicht einmal die notwendige Unterstützung fanden, um zur Beratung zu kommen. Neben diesem wurde die Frage der Industrieorganisation, die der Beiträge und der sozialen Unterstützungen, der Bildungs- und Schulungsarbeit wie Jugendbewegungen eingehend behandelt. Vor allem der Jugendfrage wurde lebhaftes Interesse entgegengebracht. Die gesamte Aussprache war auf einem hohen geistigen Niveau, das sich fast von dem der letzten Jahre abhob. Ein frischer Zugang durch die Tagung, was auch von dem Referenten in seinem Schlusswort anerkannt wurde. S.

Gantag in Stettin.

Der Gantag, der am 4. und 5. April in Stettin stattfand, war von 93 Delegierten aus 88 Verwaltungsstellen besucht. Sechs Verwaltungsstellen waren nicht vertreten. In seinem Geschäftsbericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes in den letzten beiden Jahren wies der Kollege Falkenberg auf die großen Schwierigkeiten hin, die gerade in den Jahren 1923 und 1924 zu überwinden waren. Diese beiden Jahre sind auch an den Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen. Die Mitgliederzahl ist zurückgegangen. Zum Teil ist das darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl Kollegen aus der Holzindustrie ausgeschieden sind. Wenn auch darüber hinaus trotzdem noch ein bedauerlicher Rückgang zu konstatieren ist, so kann heute jedoch festgestellt werden, daß es wieder vorwärts geht. Bezüglich der Lohnbewegungen ist zu sagen, daß in Mecklenburg-Schwerin für die Tischler, für die Sägereiarbeiter und auch für unsere in den Metallbetrieben beschäftigten Kollegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Landesvertrag einheitlich geregelt sind. Die Lohnentwicklung im Jahre 1924 hat jedoch nicht immer den Beifall unserer Kollegen gefunden. Besonders unzufrieden sind unsere Kollegen, die in den Metallbetrieben beschäftigt sind. In Mecklenburg-Strelitz sind die Löhne für die Tischler nach dem Schweriner Abkommen einheitlich festgesetzt, sonst aber bestehen keine geregelten Arbeitsbedingungen weder für Tischler noch für Sägereiarbeiter. In Pommern müssen die Löhne jedesmal örtlich vereinbart werden. Aus dem Grunde sind die Lohnsätze für Tischler wie auch für die Sägereiarbeiter sehr unterschiedlich. In seinen weiteren Ausführungen wies Kollege Falkenberg auf die Notwendigkeit hin, der Lehrlingsfrage größeres Interesse entgegenzubringen, und zwar um so mehr, als die Lehrlingszukunft in einigen Orten jetzt überhand nimmt. Der Berichterstattung an den Gauvorstand sollte größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. In der Diskussion wurden von einer Anzahl Kollegen verschiedene Wünsche vorgebracht. Die Verhältnisse in der Metallindustrie, die Jugend- und Lehrlingsfrage sowie die Lage der Buchmacher, Korbmacher und Wertarbeiter wurden eingehend besprochen. Gleichfalls wurde die gelbe Bewegung gestreift, jedoch konnte festgestellt werden, daß in der Holzindustrie diese Sumpfpflanze bisher keine Bedeutung erlangt hat. Allgemein kam zum Ausdruck, daß die Delegierten mit der Tätigkeit des Gauvorstandes einverstanden sind. — Über den bevorstehenden Verbandstag in Stuttgart referierte der Kollege Jahn vom Hauptvorstand. Er erörterte die verschiedenen Fragen, die auf der Tagesordnung des Verbandstages stehen, wie die Organisationsform, die Holzarbeiter-Internationale, unsere Stellung zum Staat, Ausbau und Gestaltung der Sozialpolitik, Verteilung der Lasten aus dem Dawes-Gutachten, Steuern, Schutzzölle usw. Reicher Beifall belohnte die sachlichen und interessanten Ausführungen des Referenten. Die Tatsache, daß in der Diskussion nur ein Kollege einige Wünsche vorbrachte, der aber im übrigen ebenfalls mit den Ausführungen des Referenten einverstanden war, bewies, daß die Konferenz sich dem Standpunkt des Kollegen Jahn allgemein angeschlossen. R. F.

Gantag in Hannover.

Am Karfreitag, dem 10. April dieses Jahres, fand im Volkshaus zu Hannover unser Gantag statt. Anwesend waren aus 63 Verwaltungsstellen 78 Mitglieder. Vom Hauptvorstand war der Kollege Jahn (Berlin) erschienen. Der Bericht des Gauvorstandes erstattete Kollege Ahlers. Er ergänzte den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht durch einige interessante Ausführungen. Das Unternehmertum im Bezirk Niederriethausen, welches sich zusammensetzt aus sieben Arbeitgeberorganisationen, hat durch Flugblätter und in geheimen Zusammenkünften die Arbeitgeber zu beeinflussen versucht, mit dem Deutschen Holzarbeiter-Berband keinen Vertrag abzuschließen. Es klingt wie Hohn, daß gerade dieser Verband der erste war, der seinen Namen unter den neuen Reichsmantelkassentwurf legen mußte. Ähnlich lag es im östlichen Bessfalten, wo ebenfalls Arbeitgeberorganisationen zum Vertragsgebiet gehören wie in Niederriethausen. Auch hier zunächst starker Widerstand gegen einen Bezirkstatut. Zum Schluß erkannte der Bezirk Ostliches Bessfalten den Reichstatut an, während dieser im Reich selbst nicht zustande kommt. Durch den Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet wurde dann die Möbelindustrie lahmgelegt, so daß für die folgende Zeit an eine Lohnbewegung nicht zu denken war. Die Arbeitslosigkeit nahm so stark zu, daß bis zu 15 Prozent der Holzarbeiter arbeitslos wurden. Erst durch die Annahme des Dawes-Gutachtens trat eine wesentliche Besserung ein. Die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Ausführungen des Referenten, nur eine Aus- sache heizte wie, die aber harmonisch endete. Ein Kollege des Bezirks Bessfalten, dem Hauptvorstand geistige Armut nachzuweisen. Von dieser Versuch erzielte nur einen mäßigen Erfolg auf Kosten der Opposition. — Über den Verbandstag in Stuttgart referierte Kollege Jahn. Er

ließ all die schwere Zeit, die seit dem Kasseler Verbandstag uns heimgeflucht, nochmals an unserem geistigen Auge vorüberziehen. Wir haben die schwere Zeit verhältnismäßig gut überstanden. Heute können wir feststellen, daß der Verband sich in aufsteigender Linie bewegt. Wie recht die Gewerkschaften im Interesse der Arbeiterklasse gehandelt haben, als sie dem Dawes-Gutachten zustimmten, sehen wir an dem allmählichen Wiederaufblühen unserer Industrie. In der Frage Industrie- oder Betriebsverband ist der Referent der Meinung, daß jeder Zwang in der Organisationsfrage abgelehnt werden muß und einer organischen Fortentwicklung zu großen leistungsfähigen Verbänden die Wege geebnet werden müssen. Um den guten Eindruck des Referats nicht zu verwischen, beschloß der Gantag, von einer Diskussion Abstand zu nehmen. — Von den vorliegenden vier Anträgen wurde einer, der sich mit der Einführung einer Invaliden- und Altersrente beschäftigte, und ein zweiter, der die Krankenunterstützung vom ersten Tage an, sofern die Krankheit länger als acht Tage dauert, vorsieht, angenommen. Hierauf wurde der recht anregend verlaufene Gantag geschlossen. A. S.

Korrespondenzen.

Landsberg a. d. W. Landsberg hat die zweitgrößte Sägewerksindustrie in der Provinz Brandenburg. In zwölf Sägewerken sind über 300 Arbeiter beschäftigt. Die Sägewerksarbeiter konnten hier seit Jahren nicht den Weg zur Organisation finden. So schlecht wie das Organisationsverhältnis, waren auch die Löhne, die für den Platzarbeiter seit Monaten 33 Pf. pro Stunde betragen. Der Tariflohn für die Hilfsarbeiter in der Holzindustrie beträgt hier 58 Pf. die Stunde. Die Arbeitgeber fühlten sich in ihrer Position stark und verweigerten den Arbeitern jede Lohnzulage. Bei dieser Behandlung fanden die Kollegen nun endlich den Weg zum Deutschen Holzarbeiter-Berband. Die Forderungen der Verbandsleitung wurden aber ebenso behandelt wie die der Kollegen. Erst nachdem einige Betriebe die Arbeit einstellen, wurden die Landsberger Herrscher zugänglicher. Nach einem einwöchigen Streik wurde dann der für die Provinz Brandenburg bestehende Mantelvertrag anerkannt und die Ortsklasse III, die für den Platzarbeiter einen Stundenlohn von 51 Pf. vorsieht. Die Bewegung war für unsere Kollegen ein Erfolg, wie wir ihn in unserem Verband sonst selten kennen. 18 Pf. Lohnzulage pro Stunde, das sind bei dem Lohn des Platzarbeiters 55 Prozent. Diese Zulage zu erringen, war nur möglich, weil der bestehende Lohn so außerordentlich gering und ganz aus dem Rahmen der Löhne in der Provinz Brandenburg herausfiel. Hoffentlich werden unsere Landsberger Sägewerkskollegen die richtige Lehre aus dieser Bewegung ziehen, daß es nicht nur nötig ist, sich zu organisieren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, sondern ebenso notwendig, bei der Organisation zu bleiben, um diese Vorteile auch zu halten.

Raumburg a. d. Saale. Von unserer Verwaltungsstelle wird ein Antrag an den Verbandstag in Stuttgart gestellt, der die Einführung einer Invaliden- und Alterspensionskasse im Verband verlangt. Sehr oft muß beobachtet werden, daß invalide und alte Kollegen, die nicht mehr arbeiten können, durch die wirtschaftliche Not gezwungen sind, sich von „vaterländischen“ Vereinigungen (Stahlhelm usw.) unterstützen zu lassen, und daß dadurch diesen Korporationen nur noch ungewollte Helfer für ihre arbeiterfeindlichen Bestrebungen zugeführt werden. Um diesen antirepublikanisch-monarchistischen Vereinigungen unsere alten und invaliden Kollegen nicht noch mehr in die Arme zu treiben, sondern sie diesem uns schädigenden Einfluß zu entziehen, ist es unbedingt notwendig, sie und uns vor dieser Gefahr zu schützen. Die Fluktuation der Mitglieder im Verbandsverände würde auch durch solch eine Einrichtung bedeutend geringer werden, und sie würde unter den heutigen Verhältnissen agitatorisch wirken. Wenn auch eine Übergangsklausel geschaffen würde, müßte doch unserer Meinung nach eine zehnjährige Mitgliedschaft zur Unterstützungsberechtigung maßgebend sein. Wir bitten die Kollegen in den Verwaltungsstellen unseres Verbandes, diese Frage ernstlich zu diskutieren und gegebenenfalls unseren Antrag durch ihren Vertreter auf dem Verbandstag in Stuttgart mit zu unterstützen.

Bismar. In der städtischen Stellmacherwerkstatt sind einige Kollegen entlassen worden. In dem Betrieb ist vor Rücksprache mit der Ortsverwaltung keine Arbeit anzunehmen.

Unsere Lohnbewegung.

In dem Landesbezirk Schlesien dauern die Kämpfe fort. Am 20. April wurde über die Lohnfrage vor dem Schlichtungsausschuß in Breslau verhandelt. Hier wurde ein Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn in Ortsklasse II ab 4. April auf 70 Pf., ab 16. Mai auf 72 Pf. festsetzt. Diese Sätze bleiben so weit hinter den in den anderen Bezirken in der II. Ortsklasse gezahlten Löhnen zurück, daß unsere Kollegen den Schiedsspruch nicht annehmen konnten. Inzwischen haben die Unternehmer die Aussperrung beschlossen und sie in Breslau teilweise durchgeführt. Insgesamt beträgt die Zahl der Streikenden und Aussperrten etwa 2000. Gleichzeitig schweben in Schlesien Kämpfe in der Metallindustrie. Auch hier sind die Unternehmer zur Aussperrung geschritten, von der auch etwa 500 Holzarbeiter betroffen wurden.

Für das ostpreussische Holzgewerbe hat ein am 16. April tagendes freies Schiedsgericht eine Entscheidung gefällt, nach welcher die Tariflöhne ab 10. April in den sechs Ortsklassen um 9, 8, 8, 7, 7 und 6 Pf. erhöht werden. Um den gleichen Betrag werden auch die bestehenden Löhne erhöht. Der Durchschnittslohn beträgt nunmehr an der Spitze 69, 65, 61, 58, 56 und 51 Pf. Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen.

Für den Landesbezirk Provinz Sachsen und Freistaat Anhalt konnte am 16. April mit der „Interessengemeinschaft der Arbeitgeber“ ein Landestarifvertrag abgeschlossen werden auf der üblichen Grundlage. Gleichzeitig wurde ein Lohnabkommen getroffen, nach welchem der Spitzenlohn in den Ortsklassen II bis IV ab 3. April 75, 72 und 69 Pf., ab 8. Mai 81, 78 und 75 Pf. beträgt.

Für die Holzwarenfabriken in Württemberg ist am 3. April ein Schiedsspruch gefällt worden, den die Unternehmer abgelehnt haben. In den mit den einzelnen Unter-

nehmern geführten Verhandlungen hat sich bisher ein Teil von ihnen zur Annahme des Schiedspruches bereit erklärt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt. In Urach dauert der Streit fort.

Für das Sägewerke in Mecklenburg-Strelitz wurde am 23. April ein Vertrag abgeschlossen, der bis 31. Mai 1926 gelten soll. Nach dem dazugehörigen Lohnabkommen soll der Spitzenlohn in den drei Ortsklassen 51, 49 und 45 Pf. betragen.

Für das Korbmachergewerbe in Mittelbaden, wozu die Orte Grauelsbaum, Lichtenau, Schrozheim, Baden-Baden, Rehl u. a. gehören, hat der Schlichtungsausschuß in Karlsruhe am 31. März einen Schiedsspruch gefällt, der den Lohn an der Spitze auf 48 Pf. festsetzt. Trotz der Geringfügigkeit dieses Lohnes haben die Unternehmer den Schiedspruch abgelehnt, und als er vom Landeslichter für verbindlich erklärt wurde, haben sie ihre Betriebe geschlossen. Etwa 300 Kollegen sind ausgesperrt. Dieser Kampf erhält eine besondere Bedeutung dadurch, daß die Unternehmer vor allem die Organisation vernichten wollen, um die Löhne so zu drücken, daß sie die gesamte Korbindustrie in Deutschland unterbieten können. Ist die Korbmacherei ohnehin schon ein Glendsgewerbe, so wollen die badischen Unternehmer die Lebenshaltung der Arbeiter noch weiter herabdrücken. Es handelt sich also hier um einen Kampf, der für das gesamte Korbmachergewerbe von der größten Bedeutung ist.

Für die Korbmacher in Coburg fällt der Schlichtungsausschuß am 20. April einen Schiedspruch, durch den der Lohn um 10 Prozent erhöht wird; der Spitzenlohn beträgt nun 55 Pf.

In der Gera-Altendorfer Harmonikaindustrie sind etwa 600 Arbeiter und Arbeiterinnen seit dem 20. April ausgesperrt.

Für die Flußschiffswerften im Bezirk Mittelelbe wurde am 17. April eine Vereinbarung getroffen, welche den Lohn in den beiden Ortsklassen auf 72 und 67 Pf. festsetzt. In Altona, wo die Kollegen seit dem 3. April im Streik standen, wurde darauf die Arbeit aufgenommen.

Für die Kamm- und Celluloidindustrie in Südwestdeutschland fällt der Schlichtungsausschuß in Darmstadt einen Schiedsspruch, der den Spitzenlohn in den drei Tarifklassen auf 66, 61 und 55 Pf. festsetzt. Dieser Spruch wurde von beiden Parteien abgelehnt, aber vom Schlichter für verbindlich erklärt.

In Adorf wurde für die Perlmutterarbeiter ein Abkommen getroffen, welches den Lohn der Facharbeiter auf 62 Pf. festsetzt.

In Burg bei Magdeburg dauert der Streit in der Goldleinstenfabrik Bertogs Nachf. fort. Die Firma hat etliche Stahlhelmer eingestellt, die für manche Dinge verwendbar sein mögen, nur für die Arbeit taugen sie nichts. Ihre Sehnsucht nach den eingearbeiteten Arbeitskräften verrät die Firma durch fleißige Brieffschreiberei an die streikenden Kollegen, die bald durch Bitten, bald durch Drohungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewogen werden sollen. Es ist vergebliche Liebesmühe.

In Coburg und Neustadt bei Coburg dauert der Streit fort. Die Verhandlungen wegen der Verbindlichklärung des Schiedspruches des Coburger Schlichtungsausschusses vor der Zweigstelle Nürnberg des Landeslichters für Bayern am 17. April endeten mit einem Vorschlag des Schlichters, der den Parteien empfiehlt, die Verhandlungen über die Angleichung der Löhne in Coburg an die Ortsklasse III des bayrischen Landestarfs wieder aufzunehmen. Dieser Vorschlag ist abgelehnt worden.

In Hamburg wurde am 20. April mit der Drechslereinung ein Lohnabkommen für die Blockmacher getroffen. Der Mindestlohn beträgt für Facharbeiter, Blockmacher, Drechsler und Stellmacher ab 3. April 90 Pf., ab 1. Juni 95 Pf. — In dem Lohnabkommen mit dem Bund der am Fahrzeugbau beteiligten Arbeitgebern ist der Lohn ab 3. April für Vollarbeiter auf 85 Pf., für selbstständige Kastenmacher auf 91 Pf.; ab 1. Juni auf 90 bzw. 96 Pf. festgesetzt.

In Hann.-Münden ist der dortige gemischt wirtschaftliche Unternehmerverband durch einen Schiedspruch verpflichtet worden, die Löhne um 3 Pf. zu erhöhen. Er hat es aber vorgezogen, eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, von der auch etwa 50 unserer Kollegen in einigen Sägewerken betroffen wurden.

In Selbbrunn und Weinsberg ist die Bewegung in den Karosseriewerken beendet, es wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes um 8 Pf. und der Akkorde um 5 bis 8 Prozent zugestanden. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

In Lahr in Baden haben am 17. April in drei Betrieben etwa 200 Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit eingestellt.

In Ohlau i. Schlesien stehen die Arbeiter der Firma Deutsche Holzbaugewerke Karl Tuschberger u. G. seit dem 9. April im Streik, an dem auch eine Anzahl Mitglieder unseres Verbandes beteiligt sind.

In Stolp dauert der Streik der Tischler fort. In zwei Betrieben mit 54 Beschäftigten wurden die Forderungen bewilligt, dagegen haben die Unternehmer in den übrigen Betrieben die noch arbeitenden Kollegen am 20. April ausgesperrt. In gepflogenen Verhandlungen haben die Unternehmer einige Zugeständnisse gemacht, sie werden aber noch weiter entgegenkommen müssen, wenn eine Verständigung erzielt werden soll.

In Themar weigern sich die Unternehmer, die aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten sind, trotz der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, den Tariflohn zu zahlen. Darauf haben die Kollegen am 20. April in einem Betrieb die Arbeit eingestellt, worauf am folgenden Tage in drei weiteren Betrieben ausgesperrt wurde. Insgesamt sind etwa 150 Kollegen beteiligt.

In Troffingen ist für die Harmonikaindustrie am 15. April ein Lohnabkommen getroffen worden, nach welchem die tatsächlichen Löhne der Facharbeiter um 5 Pf., der angelernten und Hilfsarbeiter um 4 Pf., der Arbeiterinnen um 3 Pf. erhöht werden. Der Mindestlohn der Facharbeiter wird ab 13. April von 53 auf 59 Pf. erhöht.

In Zeitz wurde am 15. April ein Abkommen für die Klavierindustrie getroffen. Hiernach wird mit Wirkung ab 2. April der Spitzenlohn von 67 auf 72 Pf. erhöht. Die Akkordpreise erfahren eine Erhöhung um 7 Prozent.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das vierte Vierteljahr 1924.

Table with columns: Einnahmen, Hauptkaffe, Verwaltungsstellen, Zusammen. Rows include contributions of 150 Pf., 120 Pf., 110 Pf., 100 Pf., 90 Pf., 80 Pf., 70 Pf., 60 Pf., 50 Pf., 45 Pf., 40 Pf., 30 Pf., 20 Pf., 10 Pf., Extrabeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen, Guthaben der Lokalkassen.

Table with columns: Ausgaben, Hauptkaffe, Verwaltungsstellen, Zusammen. Rows include strikes and suspensions, wage negotiations, emergency aid, support for members, Holzarbeiter-Zeitung, youth magazine, library, agitation, printing, conferences, administrative costs, international union, general German workers' union, other expenses, share of local branches, and carryover from previous quarter.

Abluß. Gesamteinnahmen 1 640 282,07 M., Gesamtausgaben 842 027,94 M., Mehreinnahmen 798 254,13 M.

Geprüft und für richtig befunden. Berlin, den 17. April 1925. Die Revisoren: S. Urban, F. Lowad, Robert Paul.

Der Kassierer: Emil Lehmann.

Mitgliederbewegung.

Die Mitgliederzahl betrug: im 4. Vierteljahr 1924 248 015 männliche, 25 223 weibliche, 16 504 jugendliche. Insges. 284 742 Mitglieder.

Gegenüber dem 3. Vierteljahr 1924 betrug der Rückgang 7016 männliche, 1551 weibliche und 867 jugendliche, insgesamt 9434 Mitglieder. Neu aufgenommen wurden 13 146 männliche, 3029 weibliche und 2274 jugendliche, insgesamt 18 449 Mitglieder. Die Zahl der Verwaltungsstellen verringerte sich im 4. Vierteljahr von 1286 auf 1280.

Rechnungsabluß der Lokalkassen für das 4. Vierteljahr 1924.

Table with columns: Einnahmen, Ausgaben. Rows include cash balance, share of contributions, local contributions, other income, carryover, strikes and suspensions, wage negotiations, special aid, agitation, printing and inserts.

Table with columns: An den Ortsauschuß des ADGB, Einkassierung der Beiträge, Verwaltungskosten (sachliche), Sonstige Ausgaben, Unterstützungskasse, Guthaben bei der Hauptkaffe, Zusammen.

Berlin, den 17. April 1925.

Der Vorstandsvorsitzende.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1924.

Table with columns: Einnahmen, Hauptkaffe, Verwaltungsstellen, Zusammen. Rows include contributions of 150 Pf., 120 Pf., 110 Pf., 100 Pf., 90 Pf., 80 Pf., 70 Pf., 60 Pf., 50 Pf., 45 Pf., 40 Pf., 35 Pf., 30 Pf., 25 Pf., 20 Pf., 15 Pf., 10 Pf., 5 Pf., Extrabeiträge, Zinsen, Sonstige Einnahmen, Guthaben der Lokalkassen.

Table with columns: Ausgaben, Hauptkaffe, Verwaltungsstellen, Zusammen. Rows include strikes and suspensions, wage negotiations, emergency aid, support for members, Holzarbeiter-Zeitung, youth magazine, library, agitation, printing, conferences, administrative costs, international union, general German workers' union, other expenses, share of local branches, and carryover from previous year.

Abluß. Gesamteinnahmen 5 573 807,23 M., Gesamtausgaben 4 357 410,09 M., Mehreinnahmen 1 216 397,14 M.

Der Kassierer: Emil Lehmann. Geprüft und für richtig befunden. Berlin, den 17. April 1925.

Die Revisoren: Hermann Urban, Franz Lowad, Robert Paul.

Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das vierte Vierteljahr 1924.

Large table with columns: Gau, Einnahmen, Ausgaben, Zahl der am Schluß des Vierteljahres zum Gau gehörenden Mitglieder. Rows list various regions like Ostpreußen, Stettin, Breslau, etc., with detailed financial and membership data.

